

Volk, wir müssen reden

Bürger in Russland protestieren gegen zwei Bauvorhaben: eine Kirche in Jekaterinburg und eine Mülldeponie in der Taiga. Nun greift Putin höchstpersönlich ein.

Von Friedrich Schmidt

MOSKAU, 17. Mai

Am Donnerstag trat Russlands Präsident in einer Rolle auf, die er auf innenpolitischer Bühne oft ausfüllt: als Schlichter. Auf einem Forum unter dem Motto „Wahrheit und Gerechtigkeit“ äußerte sich Wladimir Putin zu den beiden Streitthemen, die abseits des vom Kremli kontrollierten Fernsehens gerade am meisten beachtet werden. Gegen den Bau einer Kirche in Jekaterinburg und die Anlage einer Mülldeponie im Gebiet Archangelsk gibt es Proteste, die vor allem über soziale Medien bekannt werden. Putin ordnete nun an, jeweils die Meinung der Anwohner einzuholen. Die Intervention zeigt die Dysfunktionalität des russischen Machtsystems, in dem Regeln wenig zählen, solange Widerstand schwach bleibt, und in dem die Bevölkerung Staatsvertretern kaum vertraut.

In Jekaterinburg soll auf einem zentralen Platz eine Kirche entstehen, formal statt einer Kathedrale, die zu Stalins Zeit in der Nähe abgerissen wurde. Die Bauarbeiten sollten nun beginnen, Zäune wurden aufgestellt. Doch vor allem junge Leute gehen dagegen auf die Straße, protestieren seit Montag täglich für den Erhalt des öffentlichen Platzes, der an einer Jogging- und Flaniermeile am Stadteich liegt. Insgesamt wurden mehr als hundert Demonstranten festgenommen, mehr als zwei Dutzend von ihnen zu Arreststrafen von bis zu 15 Tagen verurteilt. Die Demonstranten stießen auf dem Platz nicht nur mit Sicherheitskräften, sondern auch mit Recken eines Kampfsportclubs zusammen, der einem Hauptsponsor des Kirchenprojekts gehört: Igor Altuschkin, einem Metall-Magnaten und Milliardär. Engagement für die Russische Orthodoxe Kirche gilt als Loyalitätsnachweis, Patriarch Kirill, der im vorigen Jahr ein Flugzeug Altuschkins nutzte, verleiht Putins Herrschaft höhere Weihen. Altuschkins Gattin wirbt in Russland für „klassische“ Werte, das Geld wird hier verdient. Doch ordnete der Antikorruptionsjäger Alexei Nawalnyj der Familie jetzt zwei Luxushäuser

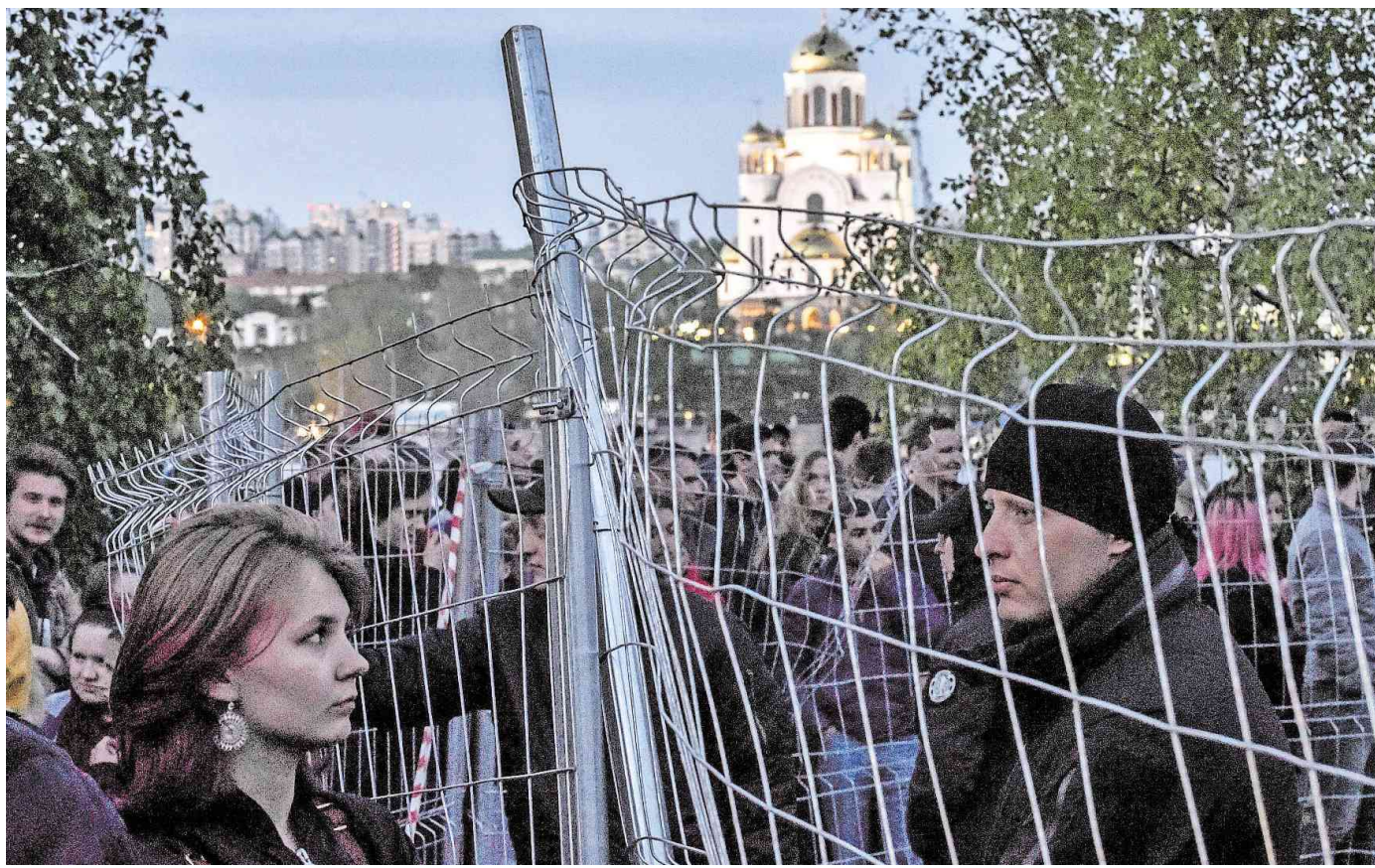
in London und Frau Altuschkina zudem die britische Staatsangehörigkeit zu. Das könnte den Unmut befeuern. Die Demonstranten sagen, der Bau der Kirche sei über ihre Köpfe hinweg entschieden worden, viele beklagen zudem, dass sie niemanden wählen können. Russlands viertgrößte Stadt hatte bis ins vorige Jahr einen ebenso populären wie oppositionellen Bürgermeister, Jewgenij Rojzman; er wurde aus dem Amt gedrängt, die Bürgermeister-Direktwahl abgeschafft.

Die Proteste im Gebiet Archangelsk hingegen richten sich gegen den Plan, eine gigantische Deponie für Moskauer Müll in die Taiga zu bauen. Der Müll soll, zu Brikketts gepresst, mehr als 1200 Kilometer aus Moskau auf der Schiene angeliefert werden, die Deponie an der Station Schijes entstehen, unter deren Namen das Vorhaben bekannt ist. Die Hauptstadt weiß nicht, wohin mit ihrem Müll, Kippen in der Umgebung sind voll, sorgen für schlechte Luft, Krankheiten, Ärger. Leute aus der am nächsten an Schijes gelegenen Ortschaft bekamen im vergangenen Sommer durch Zufall mit, dass Bauarbeiten im Wald begonnen hatten. Erst nach ihrem Protest machten der Gouverneur des Gebiets und die Moskauer Regierung die Pläne öffentlich, warben mit Investitionen und Arbeitsplätzen. Aber in mehreren Städten des Gebiets demonstrierten die

Menschen weiter, auch in der Hauptstadt Archangelsk rund 800 Kilometer von der geplanten Deponie entfernt. Es geht den Demonstranten um Umweltschutz – das Gelände liegt an einem Trinkwasserschutzgebiet –, und auch sie beklagen, nicht gehört zu werden. Für ihren Erfolg spricht, dass vor kurzem Behörden aktiv wurden und mitteilten, dass es für die als „Ökotechnikpark“ bezeichnete Deponie keine Genehmigung gibt, auch noch keine geologischen und ökologischen Gutachten. Die behördliche Rückbesinnung auf die Regeln dürfte der Vorbeugung dienen: Bei zu viel Ärger könnte es sein, dass Schuldige her müssen. Gerade wurde ein Baustopp verfügt, unter dem Vorsitz des Leiters der Präsidialverwaltung. Dann trat Putin selbst auf.

Zum Jekaterinburger Streit fragte er zunächst, ob die Demonstranten „Gottlose“ seien, denn „für gewöhnlich bitten Leute darum, dass man ihnen eine Kirche baut“. Die Meinung der Anwohner müsse man aber berücksichtigen, sofern es sich nicht um „aus Moskau angereiste Aktivisten“ handle, sagte Putin. Eine „Umfrage“ sei das Mittel dazu, die Minderheit müsse sich fügen, „das ist das Prinzip der Demokratie“. Sofort reagierten die Jekaterinburger Behörden, obwohl eine Umfrage zur Entscheidung von Rechts wegen nicht vorgesehen ist, anders als die Mög-

lichkeit eines Referendums. Aber Letzteres wird nur bei unstrittigen Themen genutzt, um die Beteiligung an einer Wahl zu erhöhen, deren Ergebnis aufgrund der zahlreichen „Filter“ von vornherein klar ist. Laut einer kurz vor Putins Vorstoß erstellten Umfrage lehnen 52 Prozent der Jekaterinburger den Bau der Kirche auf dem vorgesehenen Platz ab, 28 Prozent sind dafür. Die noch am Donnerstag begonnene, neue Umfrage eines krenmlnahen Instituts mag ein anderes Ergebnis bringen, dank suggestiver Fragen, über die nun berichtet wurde: Darin wird die Organisation der Proteste Nawalnyj angelastet, der in den kontrollierten Medien als Volksverräter im Solde des Westens dargestellt wird. Auch zum Müllproblem im Gebiet Archangelsk ordnete der Präsident einen „Dialog“ mit den Anwohnern an, deren Meinung zu erfragen sei. Mit dem Vorstoß ist keine der Streitfragen entschieden, womöglich werden die Widersacher bald bloß unter Hinweis auf Umfrageergebnisse kaltgestellt. Doch wird den Protesten gegen Kirche und Müllkippe auch deshalb viel Bedeutung beigegeben, weil der Unmut im Land angesichts wirtschaftlicher Misere und Stagnation gestiegen ist und Staatsvertreter wie Institutionen in der „Machtvertikale“ entwertet sind. Selbst bei vordergründig lokalen Problemen könnte es sein, dass sich Putin daher künftig häufiger einmischen muss.



Verschiedene Welten: Demonstranten und Sicherheitsleute stehen sich am Dienstag bei Protesten in Jekaterinburg gegenüber. Foto APF

Auflösung der Regierungskoalition in der Ukraine

gna. WARSCHAU, 17. Mai. Kurz vor der Amtseinführung des neuen Staatspräsidenten Wolodymyr Selenskyj am kommenden Montag ist die regierende Koalition in der Ukraine zerbrochen. Die Partei „Volksfront“, der Wahlsieger von 2014 und zuletzt die zweitstärkste Kraft in Koalition und Parlament, hat am Freitag angekündigt, das proeuropäische Regierungsbündnis zu verlassen. Zugleich hat Außenminister Pawlo Klimkin um seine Entlassung. Das Bündnis war vor knapp fünf Jahren – nach dem Beginn der russischen Aggression gegen die Ukraine – gegründet worden. Schon Ende April hatte Ministerpräsident Wolodymyr Hrojsman angekündigt, seine bisherige Partei zu verlassen und im Oktober mit einer neuen Kraft in den Parlamentswahlkampf zu ziehen. Bisher gehörte er der größten Fraktion an, dem nach dem scheidenden Staatspräsidenten benannten „Petro-Poroschenko-Block (Solidarität)“. Dieser Block stellt 135 der 423 Abgeordneten (27 Sitze sind aufgrund der militärischen Besetzung von Krim und Teilen der Donbass-Region vakant). Die Volksfront zählt 81 Abgeordnete.

Der Poroschenko-Block mahnte, alles Weitere solle im Einklang mit der Verfassung ablaufen. Hauptziel des Blocks sei es jetzt, sicherzustellen, dass der Kurs auf EU und Nato, die Reformen und „der Schutz des Landes vor dem Aggressor“ (Russland) als „unumkehrbar“ fortgesetzt würden. Der EU- und der Nato-Beitritt wurden kürzlich als Staatsziel in der Verfassung festgeschrieben. Jetzt haben die Fraktionen einen Monat Zeit, eine neue Koalition zu bilden. Allerdings steht alles im Schatten der Frage, ob der neue Präsident das Parlament auflösen will. Der politische Neuling Selenskyj hat derzeit keine „eigene“ Fraktion im Parlament.

Ob alle Fortschritte „unumkehrbar“ seien, erscheint zweifelhaft. Besorgnis weckt etwa die Rückkehr des umstrittenen Oligarchen Ihor Kolomojtschuk nach zwei Jahren im Ausland nach Kiew. Es wird befürchtet, dass er über seinen bisherigen Geschäftspartner Selenskyj finanzielle Forderungen gegen den Staat durchsetzen könnte. Zugleich sagte der Anwalt des amerikanischen Präsidenten Donald Trump, Rudolph Giuliani, einen Besuch in Kiew ab. Giuliani wollte nach eigener Aussage die Ukraine ermuntern, mehr Licht in die Affäre um den früheren Trump-Berater Paul Manafort zu bringen. Belastendes Material gegen Manafort aus der Ukraine war ein wichtiges Element in den Russland-Ermittlungen gegen Trump.

Unheilvolle Nebenwirkung

Seit Kroatien in der EU ist, wandern immer mehr Menschen ab / Von Michael Martens

ZAGREB, 17. Mai. Kroatien ist das jüngste Mitgliedsland der EU. Enthusiasmus für die EU ist allerdings nicht verbreitet in dem Land, in dessen Hauptstadt Zagreb Bundeskanzlerin Angela Merkel an diesem Samstag zusammen mit dem konservativen Spitzenkandidaten Manfred Weber ihren einzigen Auslandsauftritt in diesem Europawahlkampf absolviert. Ein Grund für die geringe Begeisterung sind die erheblichen Nebenwirkungen der Mitgliedschaft: Seit es durch den EU-Beitritt 2013 noch einfacher geworden ist, haben Zehntausende Kroatinnen und Kroaten ihre Heimat verlassen, um in den wohlhabenden EU-Staaten weiter nördlich zu arbeiten. Allein in Deutschland leben mehr als 375 000 Kroaten. Viele von ihnen waren zwar schon vor dem EU-Beitritt da, aber danach ist die Abwanderungsbewegung stark gewachsen. In den vergangenen Jahren sind in Deutschland jährlich etwa 30 000 Kroaten hinzugekommen. Kroatien hat offiziell noch etwas mehr als vier Millionen Einwohner.

Die Auswanderung beginnt, Kroatiens Sozialsysteme ernsthaft zu belasten. „Es kann nicht im Interesse der EU liegen, dass Kroatien und andere jüngere EU-Mitgliedstaaten massiv Fachkräfte verlieren“, sagt Miro Kovač, der Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses des kroatischen Parlaments. Kroatien allein könne sich dagegen nicht stemmen, Maßnahmen auf europäischer Ebene seien nötig. Doch welche Maßnahmen könnten das sein, da man in der EU nun einmal niemanden daran hindern kann, in einen anderen Mitgliedstaat umzusiedeln?

Die Lage sei jedenfalls ernst, sagt die Migrationsforscherin Caroline Hornstein-Tomić vom Zagreber Ivo-Pilar-Institut für Sozialwissenschaften. Zwar lasse sich noch nicht zuverlässig sagen, ob sich die Abwanderung insbesondere junger, gut ausgebildeter Menschen zu einer dauerhaften Emigration verstetigen werde. Doch wenn große Teile der produktivsten Bevölkerungsgruppe das Land weiter in Scharen verließen, könnten die Folgen für Kroatien bedrohlich werden: „Bedrohlich für die demographische Entwicklung, für das Rentensystem, für das Wachstum und die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft.“

Viele kroatische Arbeitgeber spüren diese Gefahr schon jetzt, wie die Zagreber Wochenzeitung „Globo“ unlängst berichtete. Obwohl die Regierung die Zahl der Arbeitsverlustris für Ausländer aus Nicht-EU-Staaten deutlich erhöht habe – von 9000 im Jahr 2017 auf 65 000 in die-

sem Jahr, seien insbesondere der Bau und die Tourismusbranche von einem Mangel an Arbeitskräften betroffen. Gewerkschaften wehren sich jedoch gegen eine weitere Erhöhung. Begründung: Während massenhaft Kroaten ihre Heimat verlassen, um anderswo mehr zu verdienen, sei es keine Lösung, die Löhne in Kroatien durch den Zuzug von Arbeitskräften aus Billiglohnländern künstlich niedrig zu halten – nur um auf diese Weise noch mehr Einheimische zur Abwanderung zu bewegen.

Laut Davorko Vidović, Berater der kroatischen Handelskammer für Arbeitsmarktfragen, ist der Mangel an geeigneten Arbeitskräften im Bau, im Tourismus und in Teilen der nahrungsmittelverarbeitenden Industrie längst eine Realität, die sich noch zu verschärfen drohe. Vidović weist darauf hin, dass im kommenden Jahr die Übergangsfristen für Kroaten beim freien Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt auslaufen werden. Die Lage für Kroatien wird laut der Zeitung „Jutarnji List“ aber auch deshalb noch schwieriger, weil traditionelle Arbeitskräfte reservieren für die kroatische Wirtschaft wie aus Bosnien-Herzegowina und Serbien sich ebenfalls langsam leeren. Arbeitgeber sehen sich deshalb in wachsendem Maße in Indien, Pakistan, Bangladesch oder auf den Philippinen um.

Das ist freilich ein Gedanke, mit dem sich viele Kroaten nicht anfreunden könnten und wollen. Kroatien ist seit Menschengedenken ein Auswanderungsland – aber nennenswerte Einwanderungserfahrungen hat es, abgesehen von der Zu-

wanderung bosnischer Kroaten, bisher nicht. „Dass Kroatien nicht nur aus demographischen Gründen, sondern auch aufgrund des Fachkräftemangels auf Zuwanderung angewiesen sein wird, ist noch kaum Gegenstand der öffentlichen Diskussion“, bestätigt Hornstein-Tomić. Das gelte besonders für jene Teile der Gesellschaft, die „Europa“ als neue Kolonialmacht wahrnehmen. In solchen Kreisen hofft man darauf, die Abwanderung zu verlangsamen oder ausgewanderten Kroaten Angebote zur Rückkehr zu machen. „Wenn Ärzte mit attraktiven Angeboten systematisch nach Deutschland oder Österreich abgeworben werden, wenn Pflegepersonal, Handwerker und andere Fachkräfte allerorts fehlen, ist es ja auch tatsächlich höchste Zeit, zu überlegen, wie man solche Menschen halten oder zurückgewinnen kann“, sagt die Wissenschaftlerin.

Allerdings könnten Rückkehrer keineswegs immer damit rechnen, mit offenen Armen empfangen zu werden. Schon manche Rückkehrer hätten bittere Erfahrungen machen müssen, weil sie als Konkurrenz aus Netzwerken ferngehalten wurden. Ohnehin, so Hornstein-Tomić, werde es auf absehbare Zeit wohl dabei bleiben, dass Kroatien einen beträchtlichen Teil seiner jungen Generation an das Ausland verliere. In Kroatien fördert eine die Sicht, in der die EU als eine Art unheilvoller Magnet erscheint. Mit Anti-Brüssel-Rhetorik lässt sich zwar weiter keine Wahl gewinnen. Doch erfährt man „Europa“ eben nicht nur als Segen, mit dem sich teure Infrastrukturmaßnahmen finanzieren lassen.



Zagreb? Nein – Frankfurt am Tag des WM-Finales 2018

Foto Marcus Kaufhold

Eine Demonstration demokratischen Geistes

Taiwan erlaubt die gleichgeschlechtliche Ehe

PEKING, 17. Mai. Taiwan habe die Chance, „in die Geschichte einzugehen und der Welt zu zeigen, dass progressive Werte in einer ostasiatischen Gesellschaft Wurzeln schlagen können“, schrieb Präsidentin Tsai Ing-wen am Freitag auf Twitter. Kurz danach verabschiedete die Volksvertretung in Taipeh als erstes Parlament in ganz Asien ein Gesetz zur gleichgeschlechtlichen Ehe.

Die Abgeordneten kamen damit einer Anordnung des Verfassungsgerichts nach. Die Obersten Richter hatten im Mai 2017 entschieden, dass das geltende Zivilrecht, das eine „permanente Verbindung“ homosexueller Paare ausschloss, gegen das Gleichheitsgebot in der Verfassung verstoße. Sie gaben dem Parlament zwei Jahre Zeit, das entsprechende Gesetz zu ändern oder zu ergänzen. Die Frist wäre am kommenden Freitag abgelaufen. Hätten die Abgeordneten nicht abgestimmt, wäre das Recht auf Eheschließung für gleichgeschlechtliche Paare automatisch in Kraft getreten.

Trotz strömenden Regens hatten sich am Morgen schon vor Beginn der Parliamentsitzung Tausende Unterstützer der Reform vor dem Abgeordnetenhaus, dem Legislativ-Yuan, versammelt. Eine Entscheidung in ihrem Sinne schien keineswegs sicher. Denn Gegner der Homo-Ehe hatten zwei konkurrierende Gesetzentwürfe eingebracht, in denen von „gleichgeschlechtlicher Familienbeziehung“ und „gleichgeschlechtlicher Verbindung“ die Rede war. Auch das vom Kabinett eingebrachte und schließlich verabschiedete Gesetz entspricht nicht in allen Punkten den Forderungen der LGBT-Aktivistinnen. Sie hatten darauf gehofft, dass der bisherige Eheparagraf geändert würde, um eine vollständige Gleichstellung zu gewährleisten. Stattdessen gibt es nun ein gesondertes Gesetz für gleichgeschlechtliche Ehen. Es erlaubt die Adoption der biologischen Kinder des Ehepartners, nicht aber anderer Kinder. Eine Heirat mit einem Partner aus einem Drittland, in dem gleichgeschlechtliche Ehen nicht anerkannt sind, ist weiterhin untersagt.

Die konservative „Koalition für das Glück unserer nächsten Generation“ kritisierte die Entscheidung des Parlaments als „böswillige Fehlinterpretation“ eines Referendums vom November 2018. Damals hatte eine klare Mehrheit der Wähler dafür votiert, dass die Ehe allein der Verbindung zwischen Frau und Mann vorbehalten bleibt. Getragen wurde das Referendum von einer Koalition aus christlichen und konfuzianischen Gruppen.

Wegen des Widerstands aus der Bevölkerung hatte Präsidentin Tsai Ing-wen lange gezögert, ein entsprechendes Ge-

setz auf den Weg zu bringen. Manche ihrer Anhänger aus der städtischen Mittelschicht hatten ihr das übelgenommen, da sie vor ihrer Amtsübernahme 2016 mit dem Thema Wahlkampf gemacht und sich für eine Gleichstellung ausgesprochen hatte.

Die Entscheidung vom Freitag aber gibt ihr Rückenwind. Auch außenpolitisch. Tsai Ing-wen ist bemüht, Taiwan international als liberalen Gegenentwurf zur autoritären Volksrepublik China zu positionieren. So will sie die Beziehungen zu westlichen Partnern stärken. In der Tat scheint Taiwans Demokratie allem anschlussfähiger an die politische Kultur in Europa und Amerika zu sein als der Pekinger Autoritarismus. Doch aus Rücksicht auf chinesische Befindlichkeiten ist außer dem Vatikan kein westlicher Staat bereit, zu Taiwan diplomatische Beziehungen zu pflegen. Denn die Regierung in Peking betrachtet die Insel als Teil ihres Herrschaftsgebiets. Offizielle Regierungskontakte sind Taipeh in den meisten Ländern weitgehend verwehrt. Deshalb hat die Regierung Tsai Verbindungen zu zivilgesellschaftlichen Gruppen im Westen verstärkt. LGBT-Gruppen gehören auch dazu.

In Chinas Staats- und Parteimedien wurde ebenfalls über die Gesetzesänderung berichtet – allerdings mit einem Unterschied: Während die taiwanischen Medien berichteten, Taiwan sei „das erste Land in Asien“, das gleichgeschlechtliche Ehen legalisiert, hieß es auf dem chinesischen Festland, Taiwan sei „die erste Region in Asien“, in der dies geschehe. In Chinas sozialen Medien drückten viele Aktivisten aus der Schwulen- und Lesbenzene ihre Freude über die Reform aus.

Viele Demonstranten vor dem Parlamentsgebäude in Taipeh hatten am Freitag Tränen in den Augen, als das Ergebnis der Abstimmung verkündet wurde: 66 zu 27. Das Referendum vom November hatte den Aktivisten einen herben Rückschlag versetzt. Doch entscheidend blieb am Ende das bindende Urteil des Verfassungsgerichts von 2017. Geklagt und recht bekommen hatte damals der Aktivist Chi Chia-wei, der seinen Partner heiraten wollte, mit dem er seit mehr als dreißig Jahren zusammenlebt. Unterstützt worden war seine Klage von der Stadtregierung Taipehs. Das Verfassungsgericht hatte seinerzeit argumentiert, sexuelle Orientierung sei „unveränderbar“. Die Freiheit zur gleichgeschlechtlichen Ehe werde gemeinsam mit der Ehe zwischen Mann und Frau „die kollektive Basis für eine stabile Gesellschaft bilden“. Der siegreiche Kläger Chi Chia-wei bezeichnete die Gesetzesänderung am Freitag als „starke Demonstration unseres demokratischen Geistes“. (boe.)

Wohlkalkulierte Geste

Besuchsverbot für Öcalan beendet / Von Rainer Hermann

ISTANBUL, 17. Mai. 810 Mal hatten die Anwälte Abdullah Öcalans seit 2011 einen Antrag gestellt, ihn in Imrali zu besuchen. Auf der Gefängnisinsel im Marmarameer verbüßt der lebenslange Haft verurteilte PKK-Gründer in nahezu völliger Isolation seit 1999 seine Haftstrafe. Jedes Mal war ihr Antrag zurückgewiesen worden. Am 2. Mai durften die Anwälte ihn dann durch eine Ausnahmeregelung erstmals nach acht Jahren besuchen. Nun hat Justizminister Abdülhamit Gül das Besuchsverbot ganz aufgehoben.

Ganz überraschend kam Güls Erklärung nicht. Die Regierungspartei AKP versucht seit den Kommunalwahlen vom 31. März, Stimmen der Kurden zurückzugewinnen. Sofern die prokurdische Partei HDP in einer Stadt nicht angetreten war, hatten die Kurden mit großer Mehrheit für die Kandidaten der oppositionellen CHP gestimmt. Dadurch verloren die AKP-Kandidaten in mehreren großen Städten, so in Istanbul und Ankara. In Istanbul lag der CHP-Kandidat Ekrem Imamoglu 13 000 Stimmen vor dem AKP-Kandidaten Binali Yildirim. Die Kurden sind damit zum Zünglein an der Waage geworden.

Die AKP hat beim Hohen Wahlat eine Wiederholung der Wahl in Istanbul durchgesetzt; diese wird am 23. Juni stattfinden. Der AKP-Vorsitzende und Staatspräsident Tayyip Erdogan fordert seine Partei auf, alles daranzusetzen, diese Wahl zu gewinnen. Dazu stellen Funktionäre und Freiwillige vor allem denen Hausbesuche ab, die am 31. März nicht wählen gegangen sind. Auch erhalten die Wähler Istanbul regelmäßig über ihre Mobilfunktelefone Kurznachrichten der AKP. Sollte die AKP nun zu sehr auf die Kurden zugehen, könnte sie jedoch Anhänger der nationalistischen Partei MHP verlieren, mit der sie eine Wahlallianz eingegangen ist. Der MHP-Vorsitzende, Devlet Bahçeli, hat diese Bedenken teilweise zerstreut, als er am 11. Mai erklärte, er sei damit einverstanden, dass sich Öcalan mit seinen Anwälten treffe.

Vom dem Besuchsverbot ausgenommen waren in den vergangenen Jahren Familienmitglieder Öcalans. So besuchte ihn von Zeit zu Zeit sein Bruder, der jedoch keine politischen Botschaften Öcalans von Imrali mitbrachte. Zudem besuchte ihn die Anti-Folter-Kommission des Europarats im April 2016. Um auch den Anwälten wieder Besuche zu ermöglichen, hatte die HDP-Abgeordnete Leyla Güven am 8. November ein sogenanntes „Todesfasten“ begonnen. Drei weitere HDP-Abgeordnete sowie mehr als

3000 Häftlinge in mehr als 90 Gefängnissen schlossen sich dem Hungerstreik an. Mehrere schweben in Lebensgefahr. In einer Erklärung Öcalans, die seine Anwälte am 2. Mai mitgebracht haben, rief der PKK-Gründer die Hungerstreikenden auf, ihre Aktion zu beenden. Sie wollten jedoch weitermachen, bis die Regierung das Besuchsverbot ganz aufhebt.

Der heute 71 Jahre alte Öcalan war 1999 in Nairobi festgenommen worden. Wegen Hochverrats wurde er zum Tode verurteilt, 2002 wurde die Strafe in lebenslange Haft umgewandelt. Die Türkei, die EU und die Vereinigten Staaten stufen die PKK als Terrororganisation ein. Sie hatte 1984 den Kampf gegen den türkischen Staat aufgenommen, bei dem mehr als 40 000 Menschen getötet worden sind. Ende 2012 begann der türkische Geheimdienst jedoch direkte Gespräche mit Öcalan, die im Frühjahr 2013 in eine Waffenruhe mündeten, die beide Seiten wiederholt brachen. Im Sommer 2015 erklärte die türkische Regierung den Friedensprozess für gescheitert. Möglicherweise strebt Ankara nun eine Wiederaufnahme der Friedensgespräche an.

Öcalan hatte in seiner Erklärung vom 2. Mai die PKK-Kämpfer und die syrischen „Volksverteidigungseinheiten“ aufgefordert, Frieden zu schließen und nicht länger zu versuchen, die Probleme in der Türkei und in Nordsyrien „durch Krieg und physische Gewalt“ zu lösen. Vielmehr sollten sie politisch beigelegt werden. In Syrien sei nicht Autonomie gefragt, sondern eine Lösung, die „den Prinzipien der kommunalen Demokratie entspricht und die Rechte der Kurden auf der Grundlage eines vereinten Syriens verfassungsrechtlich garantiert“.

Salih Muslim, der Führer der syrischen Kurden, erklärte daraufhin am 13. Mai, dass die syrischen Kurden selbstverständlich die „Bedenken der Türkei“ berücksichtigten. Die Rücksichtnahme sollte jedoch auf Gegenseitigkeit beruhen, was nicht der Fall sei, da die syrischen Kurden von „Banden“ angegriffen würden, die aus der Türkei einsickerten. Präsident Erdogan hat noch nach dem Treffen Öcalans mit dessen Anwälten erklärt, dass eine türkische Militäroperation in Nordsyrien unmittelbar bevorstehe, um das Gebiet östlich von Manbisch von „Terroristen“ zu säubern.



Abdullah Öcalan